

## Relativitätstheorie oder Evolutionstheorie des Staates?

### *Die Unaufhaltsamkeit sozialer Evolution*

Der Traum, die Zeit anhalten zu können, ist unauslöschlich. Manche träumen ihn als Auflehnung gegen die Vergänglichkeit individuellen Glücks, aber geträumt wird er auch als kollektiver Traum vom Fortbestand von Ideologien, von Staaten und von Staatsformen. Auch als kollektiver Traum ist er nur allzu verständlich, aber er zeugt doch von der Tragik kollektiver Illusionen.

Der menschliche Geist klammert sich an Gewissheiten. Je veränderlicher und undurchschaubarer die Welt und je unsicherer damit auch die eigenen Lebensumstände erscheinen, desto stärker ist die Neigung, sich wenigstens an überkommene Überzeugungen zu halten. Desto stärker ist auch die Versuchung, Gewissheiten gegen noch so starke, äußerstenfalls auch gegen eine erdrückende Beweislage zu verteidigen. Um kollektive Gewissheiten nicht preiszugeben, sind immer wieder auch gewaltsame politische Konflikte in Kauf genommen worden, bis hin zur Bereitschaft, interkulturelle Konflikte kriegerisch auszutragen.

Gewissheiten aufzugeben fällt weniger schwer, wenn die eigenen Lebensumstände nicht unmittelbar berührt erscheinen. Je weiter die betrachteten Ereignisse zeitlich oder intellektuell entrückt erscheinen, desto weniger steht auf dem Spiel, wenn Veränderlichkeit und die damit verbundene Ungewissheit postuliert werden. Der Physiker, der Entwicklungen des Kosmos zu entschlüsseln versucht, oder auch der Geologe, der Phänomene wie Kontinentalverschiebungen oder globale Klimaveränderungen erforscht, sind vergleichsweise geringen Widerständen gegen ihre Befunde ausgesetzt. Dass der Kosmos und der Planet Erde eine höchst veränderliche Geschichte hatten und dass auch deren Zukunft langfristig von Veränderlichkeit geprägt sein werden, sind mittlerweile kaum noch bestrittene Erkenntnisse. Zumindest scheinen die Zeiten, in denen Menschen wegen derlei Feststellungen um Leib und Leben oder auch ernsthaft um ihre Reputation fürchten mussten, seit Längerem überwunden.

Wie schwer es selbst in den Naturwissenschaften dennoch fallen kann, sich in das Abhandenkommen von Gewissheiten zu fügen, hat kaum jemand je so unerwartet deutlich zu erkennen gegeben wie Albert Einstein, der selbst

---

bekanntlich Meilensteine in der Relativierung vermeintlicher Gewissheiten gesetzt hatte. Sein berühmtes „Gott würfelt nicht“, mit dem er sich gegen die Zumutungen der Quantentheorie wandte, gegen deren aller menschlichen Intuition zuwiderlaufende Befunde, war nichts anderes als ein vergebliches Beharren auf vermeintlichen letzten physikalischen Gewissheiten. Einstein brachte eine bildhafte Metapher gegen unbequeme experimentelle Befunde in Stellung, aber die Beweiskraft der Experimente war letztlich doch stärker als jede Metapher. Die Befunde zwangen letztlich auch in diesem Wissensbereich zu einer weitgehenden Einsicht in die Ungewissheit.

Es gibt natürlich Ungewissheiten, die Menschen unmittelbarer zu Leibe rücken und daher bedrohlicher erscheinen als diejenigen physikalischer Theorien. Bedrohlicher wirkten beispielsweise die Befunde der Evolutionsbiologie, die mancherorts bekanntlich noch immer auf erbitterte Widerstände stoßen. Die Einsicht in die Veränderlichkeit der Arten fiel umso schwerer, als daraus auch auf die Veränderlichkeit menschlichen Erbguts zu schließen war. Menschen sperrten sich vor allem dagegen, ihre Verhaltens- und damit auch ihre Denkweisen biologischen Entwicklungsstufen zuordnen zu müssen. Man wünschte sich den Menschen auch deswegen als genetisch zeitlose Spezies, weil nur so die Vorstellung von der Zeitlosigkeit fundamentaler Überzeugungen zu halten war.

Die menschliche Spezies hat zwar für sich selbst die Selektion des Erbguts nach dem Kriterium der physischen Überlebensfähigkeit vorerst überwunden, und sie hat sich insofern von der biologischen Evolution dispensiert. Ganz unabhängig von der biologischen wird es aber eine Art Evolution auf dem Gebiet von Staat und Gesellschaft geben. Auch diese soziale Evolution trifft aber auf spontane Ablehnung, und diese Ablehnung ist umso stärker, je gegenwartsnäher die möglichen Veränderungen erscheinen. Weil Menschen sogar persönliche Interessen zu Lebzeiten bedroht sahen, konnte die Entwicklung von Staat und Gesellschaft sich in der Vergangenheit meist nur in abrupten, nicht selten gewaltsamen Umbrüchen vollziehen.

Natürlich ist Menschen immer nur ein begrenztes Maß an Veränderlichkeit zumutbar. Für viele ist die Auseinandersetzung mit den permanenten wirtschaftlichen Umbrüchen schon anstrengend genug, um sich auf anderen Gebieten um so vehementer an vermeintliche Gewissheiten zu klammern. Auf lange Sicht ist aber der Widerstand gegen die Evolution von Staat und Gesellschaft ähnlich aussichtslos, wie es ein Widerstand gegen die Kontinentalver-

---

schiebung, gegen das Kommen und Gehen von Sonnensystemen und gegen die biologische Evolution wäre. Wann immer die Geschichte in dieser Hinsicht Aufschub gewährte oder sich Aufschub abtrotzen ließ, war für solchen vermeintlichen Zeitgewinn früher oder später doch ein hoher Preis zu zahlen.

*Evolution der Demokratie und Relativität des Demokratiemodells*

Die menschliche Phantasie hat Grenzen. Sie kann Prozesse wie die Entwicklung von Staatsformen weit in die Vergangenheit zurückverfolgen, sie kann plausible Vermutungen über die Triebkräfte solcher Prozesse anstellen, und sie kann Vermutungen hierüber im Nachhinein manchmal auch beweisen. In die Zukunft solcher Entwicklungen kann menschliche Phantasie, auch wenn sie es wirklich will, natürlich weniger leicht und weniger weit ausgreifen. Konstruktive Phantasie und haltlose Phantasterei liegen gerade auf diesem Gebiet eng beieinander.

Dennoch bedarf es, um den Prozess gesellschaftlicher Evolution einigermaßen friedlich und erschütterungsfrei gestalten zu können, gerade solcher Phantasie. Es bedarf möglichst weit vorausschauender und auch wagemutiger Vorstellungen davon, wie soziale und insbesondere staatliche Organisationsformen sich fortentwickeln könnten. Nur dadurch können Staatsbürger, Staatslenker und Staatsdenker sich für langfristige Entwicklungen von Staat und Gesellschaft gerüstet halten, wie schwer diese zeitlich und inhaltlich auch vorhersehbar sein mögen.

Dass große evolutionäre Entwicklungsschritte von Staat und Gesellschaft sich in der Vergangenheit oft in abrupten revolutionären Ereignissen Bahn brechen mussten, ist eine Binsenweisheit. Als viel weniger selbstverständlich gilt aber, dass dem Staat - und damit auch der Theorie vom Staat - umwälzende evolutionäre Entwicklungen weiterhin bevorstehen. Auch wenn diese Entwicklungen sich nach üblichen menschlichen Zeitmaßstäben eher langsam zu vollziehen scheinen, herrscht doch über ihre Aktualität aus gutem Grund andauernde Ungewissheit. Dass sie aktuell werden, ist nämlich nicht einmal dann auszuschließen, wenn tiefgreifend erscheinende Umbrüche der Staats- und Gesellschaftsform gerade erst bewältigt wurden.

Das Ausblenden langfristiger Entwicklungen hat auf diesem Gebiet eine lange Tradition. Die Vorstellung, die Entwicklung des Staates steuere auf einen kaum mehr veränderbaren, jedenfalls nicht mehr fundamental verbesserbaren organisatorischen Endzustand hin, war immer schon symptomatisch für herrschende Klassen, Stände, Cliques oder auch Mehrheiten, und es prägte

---

auch die jeweils gängigen Theorien vom Staat. Selbst in den utopischsten Entwürfen ging es daher niemals um eine evolutionäre Veränderlichkeit von Staat und Gesellschaft, sondern es ging um die Darstellung statischer Gegebenheiten. Diese nichtevolutionäre Betrachtungsweise prägt auch die herrschenden Vorstellungen von Demokratie. Wie früher die Monarchie, wie diktatorische und theokratische Systeme immer wieder vergeblich ihre eigene Vergänglichkeit negiert haben, so wird es daher letzten Endes auch dieser Demokratie ergehen. Auch sie unterliegt der Evolution staatlicher Ordnungen, und auch sie wird ihren Endgültigkeitsanspruch irgendwann aufzugeben haben.

Die Anerkennung einer evolutionären Veränderlichkeit von Staatsformen wäre daher schon ein Meilenstein, auch in der Demokratie. Das Bekenntnis zu solcher Veränderlichkeit wäre zunächst einmal die notwendige Voraussetzung dafür, dass Staatsverfassungen weniger statisch angelegt werden als bisher. Verfassungen könnten beispielsweise jedem expliziten oder impliziten Endgültigkeitsanspruch dadurch entsagen, dass sie ihre eigene Gültigkeit von vornherein zeitlich begrenzen. Sie könnten ihr eigenes Verfalldatum vorsorglich bestimmen, und sie könnten vorschreiben, dass zu einem solchen Verfalldatum über die Einsetzung einer neuen oder die - wiederum befristete - Wiedereinsetzung der alten Verfassung demokratisch zu entscheiden wäre. Eine solche vorsorgliche Befristung von Staatsverfassungen wäre nur die logische Konsequenz daraus, dass die Entwicklung von Staat und Gesellschaft niemals über längere Zeiträume vorhersehbar ist.

Zu einem gewissen Grad haben demokratische Staatsformen sich natürlich immer von Staat zu Staat unterschieden, aber die Unterschiede beschränkten sich auf Nuancen. Wichtige Unterschiede lagen und liegen in der Machtverteilung zwischen Exekutive und Legislative, und sie liegen in der politischen Rolle des Staatsoberhauptes. Die Präsidentenämter mancher demokratischen Staaten sind ein Widerschein monarchistischen Rollenverständnisses geblieben, und Präsidenten solcher Demokratien betreiben häufig eine Selbstdarstellung, als verlange das von ihnen regierte Volk noch immer nach einem monarchischen Habitus. In anderen demokratischen Staaten hat das Präsidentenamt eher den Charakter einer Despotie auf Zeit, ohne dass deswegen natürlich die Amtsinhaber einen ausgeprägt despotischen Habitus pflegen würden. In beiden Fällen aber ist die Staatsform noch auf der Annahme gegründet, es bedürfe einer den Staat als ganzen führenden starken Hand, wie es in vor-demokratischen Systemen der Fall war. In wiederum anderen Demokratien ist

---

die Macht von Staats- und Regierungschefs stärker von Parlament und Parteien eingeschränkt, aber auch solche Art der Machtverteilung ändert wenig daran, dass der Staat noch stark von vordemokratischen Vorstellungen geprägt ist. Die „starke Hand“ kann in der Demokratie auch diejenige einer Partei sein oder auch diejenige eines Parlaments, das für die Politik als ganze zuständig ist.

Evolutionäre Eigendynamik sollte man den herkömmlichen Demokratien daher nicht unterstellen. Dennoch haben sie ein Entwicklungspotential, das allerdings noch sehr tief verborgen liegt. Ein möglicher Weg innovativer Veränderungen könnte sich paradoxerweise am ehesten in jenen Staatsformen abzeichnen, in denen eine repräsentative Erbmonarchie an der Spitze des Staates überlebt hat. In jenen Fällen nämlich liegt die Schlussfolgerung nahe, dass der Erbmonarch als Identifikationsfigur mit dem übrigen Staat im Grunde nicht mehr das Geringste zu tun hat. Er dient diesem Staat zwar noch als eine Art Galionsfigur, und er hilft damit immer noch, das Fortbestehen dieses Staates vor den Bürgern zu legitimieren, aber die Verknüpfung mit diesem Staat dürfte der Glaubwürdigkeit repräsentativer Monarchen dennoch auf Dauer eher schaden. Die Idee einer vollständigen Loslösung der identifikatorischen Aufgabe vom übrigen Staat könnte daher in rein repräsentativen Monarchien verfassungspolitische Phantasien beflügeln. Wo dies nämlich gelänge, wo also die identifikatorische Funktion eines Monarchen ganz vom herkömmlichen Staat abgetrennt würde, aber die Monarchie als repräsentative Institution erhalten bliebe, wäre damit die Tür für nachfolgende evolutionäre Entwicklungen des Staatswesens schon ziemlich weit geöffnet.

#### *Die Neokratie: ein offenes Demokratiekonzept*

Auch wenn die bestehende Art von Demokratie natürlich einen Fortschritt gegenüber voraufgegangenen Staatsformen darstellt, wird sie dennoch in der Geschichte der Demokratien nur den Rang eines schwach entwickelten Vorläufermodells einnehmen. Sie hat zwar die Bürger von Monarchie und Despotie erlöst, aber sie hat keine Staatenwelt geschaffen, die in der Lage wäre, mit den wachsenden Anforderungen des Regierens und des Regiertwerdens zeitgemäß und zukunftsweisend mitzuwachsen. Eine für evolutionäre Entwicklungen offenes Bild vom Staat entwirft im Gegensatz dazu das Konzept der so genannten *Neokratie*.

Die bestehende Demokratie unterwirft ihre Bürger so genannten politischen Generalisten, die sich für die Politik als ganze zuständig fühlen. Diese werden

---

zumeist in Parteien herangezogen, und sie werden von Parteien in Parlamente und Regierungen delegiert. Ihr herausragendes gemeinsames Merkmal ist eine zunehmend anachronistische Kompetenzanmaßung. Politische Generalisten überschätzen sich selbst, oder sie unterschätzen die Anforderungen, denen sie als Regierende ausgesetzt sind. Sie tun dies, weil das System es von ihnen verlangt. Würden sie mit weniger Kompetenzanmaßung, also mit einer realistischen Selbsteinschätzung auftreten, müssten sie eine über das menschenmögliche Maß hinausgehende Überforderung in der ihnen vom politischen System vorgegebenen Rolle eingestehen. Die Politik dem Regime solcher überforderten Generalisten unterworfen zu haben, ist der eine große Konstruktionsfehler der bestehenden Demokratie.

Der andere, ebenso schwerwiegende Konstruktionsfehler ist die Verweigerung der so genannten politischen Assoziationsfreiheit. Politische Assoziationsfreiheit ist die Freiheit des Bürgers, über das Wer-mit-Wem in Fragen der Staatlichkeit zu entscheiden. Sie ist die Freiheit, darüber zu bestimmen, wer mit wem in welchem Bereich der Politik einen gemeinsamen Staat betreiben will. Sie ist damit das Gegenteil von staatsbürgerlicher Zwangsmitgliedschaft.

Diese Freiheit hat natürlich ihre Grenzen. Nicht jedes Individuum kann für jeden Bereich der Politik einen eigenen Staat ausrufen. Man ist als Staatsbürger Mitglied eines Kollektivs, und hierin liegt immer auch eine Einschränkung individueller Freiheit. Diese Freiheitseinschränkung zu minimieren ist aber eine politische Aufgabe, der Demokratien sich früher oder später werden stellen müssen. Aus dem sehr eng gefassten politischen Freiheitsbegriff der bestehenden Demokratie ergibt sich eine solche Aufgabe nicht, aber das mögliche Mehr an Freiheit ergibt sich aus dem Konzept der Neokratie. Dieses Mehr an Freiheit wäre ein Quantensprung in der Entwicklung der Demokratie. Es wäre vergleichbar mit jenem Freiheitsgewinn, der vormals mit dem Übergang zur herkömmlichen Demokratie, mit der Überwindung despotischer Staatsformen also, errungen wurde.

#### *Relativität oder evolutionäre Veränderlichkeit?*

Die Neokratie ist ein Staatskonzept, das der Demokratie evolutionäre Perspektiven sowohl zur Ausweitung politischer Assoziationsfreiheit als auch zur Erhöhung der politischen Kompetenz eröffnet. Im Neokratiekonzept nimmt die bestehende Demokratie daher den Rang eines Vorläufermodells ein. Sie ist unter zahllosen denkbaren höchst unterschiedlichen demokratischen Staatsformen die am wenigsten weit entwickelte. Die bestehende Demokratie kann

---

daher auch nicht mehr sein als der Ausgangspunkt im künftigen Entwicklungsprozess fortgeschrittener demokratischer Verfassungen.

Das Neokratiekonzept ist ein Konzept sozialer Evolution, aber man kann es, weniger dynamisch betrachtet, auch als eine Relativitätstheorie des Staates deuten. Es relativiert die bestehende Demokratie, indem es sie als Sonderfall einer weit gefassten Kategorie möglicher demokratischer Staatsformen ausweist. Die Neokratie ist insofern das allgemeine Modell, innerhalb dessen die herkömmliche Demokratie nicht mehr ist als ein historischer Sonderfall. Sie ist ein Sonderfall, in dem der Staat noch als ganzer zusammengedacht wird und auch ganz real zusammengefasst ist. Nur in diesem Sonderfall ist der Staat noch eine einzige Sparte, bei der die Zuständigkeit für die Politik als ganze liegt.

Für Monarchen und Despoten war es natürlich eine Selbstverständlichkeit, dass sie den Staat ganz für sich wollten. Sie wollten die politische Macht nicht teilen, und sie konnten daher auch kein Interesse daran haben, dass der Staat in eigenständige Sparten aufgeteilt wird. Dieses Verständnis vom Staat haben demokratische Staatsführungen und demokratische Parteien übernommen. Auch ihnen war natürlich daran gelegen, möglichst viel von der Machtfülle vordemokratischer Staatsführungen für sich zu erhalten, und auch sie hatten und haben daher kein Interesse an einer Entwicklung von Demokratieformen, die weitere Teilungen der politischen Macht mit sich brächten. Das Neokratiekonzept zeigt aber, dass die Zuständigkeits- und die damit verbundene Machtverteilung der herkömmlichen Demokratie weder eine unabänderliche noch auch eine vorteilhafte Lösung, sondern dass sie nur aus deren nichtdemokratischer Vorgeschichte zu erklären ist.

Eine der herausragenden Eigenschaften neokratischer Staatsformen besteht darin, dass die Anforderungen in der Politik auf das verfügbare menschliche Maß reduziert und damit beherrschbar gemacht werden könnten. Dies würde dadurch geschehen, dass die eigenständigen politischen Zuständigkeitsbereiche durch Staatsaufspaltung verkleinert werden. In einer neokratischen Ordnung würde der Staat auf diese Weise aufgeteilt in politisch gänzlich autonome, von einer je eigenen Legislative und Exekutive regierte Teile. Je größer die Anzahl dieser autonomen Staatssparten wäre, auf je mehr Sparten also die politischen Zuständigkeiten aufgeteilt würden, desto eher wären die politischen Anforderungen in jeder dieser Sparten beherrschbar. Desto mehr Spezialisierung wäre in jeder dieser Sparten möglich, und desto kompetenter

---

könnte daher in diesen Sparten politisch agiert werden. Solcher Kompetenzgewinn würde in der Legislative ebenso wie in der Exekutive der einzelnen Staatssparten realisiert. Kompetenter agieren würden zudem im politischen Wettbewerb auch alle Kandidaten, wenn diese sich in jeweils nur einer dieser Staatssparten um politische Mandate und Ämter bewürben. Die Beschränkung auf jeweils nur eine Staatssparte sollte einer in neokratischen Ordnung daher allen politischen Organisationen und allen politischen Amts- und Mandatsträgern vorgeschrieben werden.

Hohe Kompetenzgewinne durch politische Spezialisierung würden sich in einer solchen politischen Ordnung natürlich auch für die Staatsbürger ergeben. Diese würden nicht mehr aufgefordert, als Wähler ein Votum über die Politik als ganze abzugeben, und sie müssten sich daher auch kein Pauschalurteil über die Politik als ganze mehr abringen. Auch die Wähler könnten sich auf eines oder wenige Felder der Politik spezialisieren, und sie könnten sich damit eine zwar fachlich begrenzte, aber damit auch viel höhere politische Kompetenz erschließen, als die herkömmliche Staatsform es ihnen ermöglicht.

Eine neokratische Aufspaltung des Staates könnte einen unspektakulären Anfang nehmen. Die Ausgliederung und Verselbständigung nur einer einzigen Staatssparte wäre schon ein wichtiger Schritt hin zu höher entwickelten Demokratieformen. Eine solche Verselbständigung könnte, wie erwähnt, mit der Verselbständigung einer Identifikationssparte beginnen oder ebensogut mit der Verselbständigung von Politikbereichen wie der Währungspolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik oder der Kulturpolitik. Sicher ist nur, dass die Anzahl der autonomen Staatssparten nicht auf ewig bei eins verharren muss, sondern dass eine allmähliche Erhöhung dieser Zahl möglich und auf lange Sicht sogar sehr wahrscheinlich ist. Welche Anzahl von eigenständigen Staatssparten zusammengenommen eine jeweils zeitgemäße Staatsform ergeben würde, darüber könnte nur eine freizügige Evolution demokratischer Staatswesen Aufschluss geben.

Auch im Umgang mit dem Problem der politischen Assoziationsfreiheit zeigt sich, dass die bestehende Demokratie nicht mehr als eine Frühform in der Evolution demokratischer Staatsformen sein kann. Die bestehende Demokratie hat starre territoriale Grenzen, und diese Grenzen sind, schlimmer noch, für jeden Bereich der Politik gleich. Wer Bürger eines Staates ist, muss diese undifferenzierten Staatsgrenzen in allen Bereichen der Politik für sich bzw. gegen sich gelten lassen. Er ist in jedem Politikbereich Zwangsmitglied ein und

---

derselben Gemeinschaft von Staatsbürgern. Der demokratische Nationalstaat ist sogar darauf angelegt, seinen Bürgern politische Assoziationsfreiheit aktiv zu verweigern und die Einforderung dieser Freiheit notfalls gewaltsam zu bekämpfen. Demokratische Staaten tun dies beispielsweise im gewaltsamen Kampf gegen Separatisten, und sie tun es ganz allgemein im Kampf gegen Gruppen, die sich ihrem Staat auf mindestens einem Feld der Politik nicht zugehörig fühlen.

In einen höheren und plausibleren Sinne politisch frei ist ein Staatsbürger erst dann, wenn er möglichst frei darüber entscheiden kann, mit wem er auf welchem Gebiet der Politik einen gemeinsamen Staat betreibt. Diese Entscheidung muss nicht, wie die herkömmliche Demokratie es von ihren Bürgern verlangt, für alle Sparten der Politik gleich ausfallen. Menschen könnten beispielsweise als Bürger einer Kulturgemeinschaft, einer Solidargemeinschaft, einer Sicherheitsgemeinschaft, einer Währungsgemeinschaft, einer Identifikationsgemeinschaft und einer Umweltgemeinschaft sehr unterschiedliche Zusammengehörigkeitsbedürfnisse entwickeln. Sie könnten daher in den einzelnen Politikbereichen in sehr unterschiedlicher Zusammensetzung gemeinsame staatliche oder staatsähnliche Institutionen betreiben wollen. Solche unterschiedlichen Zusammengehörigkeitsbedürfnisse wären nur dann bestmöglich erfüllbar, wenn es für verselbstständigte staatliche Zuständigkeitsbereiche je eigene politische Landkarten gäbe. Jede dieser Landkarten könnte sich dann auf lange Sicht eigenständig entwickeln.

Dass sie eben diese Möglichkeit aufzeigt, ist das herausragende Merkmal der so genannten politischen Assoziationsfreiheit. Diese Freiheit hat den Charakter eines staatsbürgerlichen Grundrechts. Es ist ein Grundrecht, das den Bürgern in der herkömmlichen Demokratie verschlossen bleibt.

#### *Evolution des politischen Bewusstseins*

Ob man in der Theorie der Neokratie eher eine Relativitätstheorie oder eine Evolutionstheorie der Demokratie sehen will, ist nur eine Frage der Perspektive. Die bestehende Demokratie zu relativieren bedeutet zugleich, ihre Veränderlichkeit aufzuzeigen. Will man in erster Linie deren Anspruch auf Allgemeingültigkeit entgegentreten, dann steht der Relativierungsaspekt im Vordergrund. Will man dagegen die langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten der Demokratie aufzeigen, dann wird das Neokratiemodell zu einem Modell sozialer Evolution.

---

Neue Demokratieformen sind möglich, aber deren Realisierung benötigt viel Zeit. Die gedankliche Infragestellung und die reale Überwindung der bestehenden Demokratie sollte daher immer auch als langer evolutionärer Prozess gedacht werden. Dies ist eine grundlegende Perspektivverschiebung gegenüber herkömmlichen Betrachtungsweisen. Es ist ein radikaler, für die Staats- und Gesellschaftswissenschaften ähnlich umwälzender Paradigmenwechsel, wie es einstmals die Relativitätstheorie für die Physik und die Evolutionstheorie für die Biologie waren.

Die herkömmliche Demokratie ist als Gegenmodell zu autokratischen und monarchistischen Staatsformen entstanden, und sie hat in dieser Eigenschaft sicher große historische Verdienste. Eine vollständige Befreiung vom Gedankengut ihrer Vorgängermodelle ist im Rahmen dieser Demokratie aber nicht gelungen. Wenn die historischen Verdienste der bestehenden Demokratie in den Hintergrund getreten sind, wird sich daher allmählich eine kritische Würdigung dieser Staatsform durchsetzen. Dies aber wird eine intellektuelle Erschütterung sein, von der auch die große Mehrheit der Staatsbürger nicht verschont bleiben wird. Es wird die erschütternde Erkenntnis sein, lange schon in einem falsch konzipierten Staatswesen gelebt zu haben.

Umso wichtiger wird es dann sein, dass höhere Entwicklungsstufen der Demokratie auf friedliche, nämlich evolutionäre Weise erreichbar sind. Diesen Prozess nicht weiter zu blockieren, sondern fällige Entwicklungsschritte zuzulassen und zu befördern, wird daher die prominenteste Aufgabe jeder künftigen Demokratiekultur sein.